

# Ist etwas faul in der Justiz in NRW?

NZ-12. September 2025

## Eine Justiz im Zwielficht

Wenn man in diesen Tagen über die Justiz in Nordrhein-Westfalen spricht, geht es nicht selten um Cum-Ex. Und hier stechen das Landgericht Bonn und die Staatsanwaltschaft Köln als zentrale Orte der Strafverfolgung hervor.

Doch wo die Öffentlichkeit auf klare Urteile hofft, wachsen die Zweifel am Funktionieren des Apparats. Überlastung, fragwürdige Entscheidungen, eigenmächtige Beamte, Indiskretionen und politische Verstrickungen werfen die Frage auf, ob in der Justiz in NRW alles mit rechten Dingen zugeht.

## Bonn als Hauptstadt der Cum-Ex-Prozesse

Bonn ist in den vergangenen Jahren zur Hauptstadt der Cum-Ex-Prozesse geworden. Im nüchternen Sitzungssaal werden sehr weit beachtete Entscheidungen gefällt. Das Gericht soll dabei nichts anderes als Rechtsstaatlichkeit ausstrahlen, doch immer wieder kommen Ereignisse ans Licht, die diesen Anspruch beschädigen.

## Die Tagebücher und das beschädigte Vertrauen

Besonders heikel war der Fall um die Tagebücher des Hamburger Bankiers Christian Olearius. Sie waren bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden und hätten unter Verschluss bleiben müssen. Stattdessen tauchten Auszüge in den Medien, in Büchern und Dokumentationen auf, gelangten in Untersuchungsausschüsse und prägten das öffentliche Bild. Später entschied ein Gericht, dass Nordrhein-Westfalen Schadenersatz an Olearius zahlen müsse, weil damit Persönlichkeitsrechte verletzt wurden. Täter für die Entwendung aus der eigenen Obhut konnte die Justiz in NRW bislang nicht ermitteln. Der Vorgang ist mehr als eine Panne – er zeigt, wie unzuverlässig die Justiz sein kann, wenn es um schützenswerte Informationen geht.

## Gerichtssaal als Videokulisse

Fast grotesk mutet ein anderer Vorfall an: Im Bonner Landgericht wurde ein Videodreh des Rappers „Quichotte“ in Zusammenarbeit mit dem WDR genehmigt, ausgerechnet zum Thema Cum-Ex. Es handelte sich nicht um eine nüchterne Dokumentation, sondern um ein sog. satirisches Musikvideo, das aber tatsächlich vorverurteilend und ehrverletzend wirkte. Der dort gezeigte Angeklagte wurde in einer Gruselmaske gezeigt und am Ende des Clips in Handschellen abgeführt. Die Genehmigung stammte vom damaligen Gerichtspräsidenten Dr. Stefan Weismann persönlich, wie die interne Gerichtskommunikation gezeigt hat. Dass inmitten laufender Verfahren ein Gerichtssaal zur Bühne für polemische Inszenierungen wurde, irritierte viele Beobachter. Man hat sich das nicht vorstellen können, dass eine solche Vorverurteilung mit Wissen und Willen des Landgerichts stattfindet, das neutral und objektiv erst über einen Fall zu entscheiden hat.

## Befangenheit und Ermittler im Zwielficht

Noch schwerer wog der Befangenheitsantrag gegen Richter Edgar Panizza im Olearius-Verfahren. Ein Fund interner Unterlagen – quasi ein Leitfaden zur Verurteilung samt Formulierungshilfen – führte dazu, dass er abgezogen wurde. Solche Vorgänge nähren Zweifel an der Objektivität einer Institution, die eigentlich über anderen stehen sollte.

Hinzu kam der Abgang von Anne Brorhilker, der bekanntesten Cum-Ex-Ermittlerin des Landes. Offiziell war es eine persönliche Entscheidung, die Staatsanwaltschaft zu verlassen. Doch viele Beobachter sahen darin ein Alarmsignal für eine Behörde, die strukturell überfordert ist. Noch beunruhigender wirkten die Arbeitsweisen in den Cum-Ex-Verfahren: Kronzeuge Kai-Uwe Steck hatte weite Teile seiner eigenen Vernehmungsprotokolle selbst vorgeschrieben, die nur mit leichten Änderungen übernommen wurden. Und die Aussage eines Beteiligten, dass man sich bei Vorhandenseins der Aussagen eines Kronzeugen die Mühe sparen könne, Lieferketten vollständig aufzuklären, lässt Zweifel an der Gründlichkeit und Ernsthaftigkeit der Ermittlungen aufkommen.

## Strafanzeige gegen einen Staatsanwalt

Im August erreichte das Misstrauen einen neuen Höhepunkt: Ein Bonner Staatsanwalt wurde wegen angeblicher Rechtsbeugung und Machtmissbrauchs angezeigt. Es ging um zahlreiche Vorfälle, bei denen die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen fragwürdig waren. Ein Verteidiger sprach gar von einer „Gefahr für den Rechtsstaat“. Der Fall, über den die „Legal Tribune Online“ berichtete, zeigt, dass nicht nur Angeklagte, sondern auch die Ermittler selbst ins Zwielficht geraten können.

## Politische Rückendeckung statt Reformen

Auch die Politik verschärft den Druck. Justizminister Benjamin Limbach sah sich 2024 mit massiver Kritik am Umgang mit Cum-Ex-Verfahren konfrontiert, wurde jedoch vom Ministerpräsidenten Hendrik Wüst demonstrativ gestützt. Für viele wirkte dies wie ein Signal, dass Loyalität mehr zähle als Reformbereitschaft.

## Hamburg im Fokus, von WestLB wird abgelenkt

Besonders auffällig ist die geografische Schlagseite der Ermittlungen. Während in Hamburg Hausdurchsuchungen, mediale Verfahren und spektakuläre Ermittlungen gegen Olearius und die Warburg-Bank Schlagzeilen machen, bleibt der Blick auf die WestLB – einst die landeseigene Großbank in Düsseldorf, heute in der Abwicklungsgesellschaft Portigon – erstaunlich trüb. Dabei spielte auch die WestLB in Cum-Ex-Geschäften eine gewichtige Rolle. Doch während die NRW-Justiz in Hamburg Härte demonstriert, wirkt sie im eigenen Hinterhof zurückhaltender. Saßen doch auch führende Politiker, wie Norbert Walter-Borjans im Aufsichtsrat der WestLB, als die Cum Ex-Geschäfte dort durchgeführt wurden. Es entsteht der Eindruck, als richte sich der Eifer lieber gegen Traditionshäuser aus Hamburg als gegen die eigene Landesbank. Diese Asymmetrie ist ein Glaubwürdigkeitsproblem für die Justiz in NRW.

## Ein modernes Gerichtsgebäude als Symbol des Stillstands

Symbolisch verstärkt wird die Schiefelage durch das neue Bonner Gerichtsgebäude, das für die Mammutprozesse errichtet wurde. Modern, teuer,

repräsentativ – und doch, wie das „Handelsblatt“ schrieb, eher Symbol des Stillstands als des Aufbruchs. Die Verfahren ziehen sich endlos, Aktenberge wachsen, Urteile lassen auf sich warten. Sichtbare Investitionen ersetzen keine strukturelle Reform.

## Ein Rekord an offenen Verfahren

Hinzu kommt ein weiteres Alarmzeichen: Nordrhein-Westfalen führt die bundesweite Statistik der offenen Verfahren mit über 267.000 Fällen an – ein Negativrekord, den der Deutsche Richterbund jüngst bestätigte. Immer komplexere Verfahren, immer längere Dauer, immer mehr offene Fragen. Für die Betroffenen bedeutet das Unsicherheit, für den Rechtsstaat ein schleichendes Erosionsrisiko.

## Anspruch und Wirklichkeit

Das Vertrauen in die Justiz lebt nicht von großen Worten, sondern davon, dass Maßstäbe gleich angewendet werden. Wenn aber Tagebücher durchsickern, Gerichtssäle zu Videokulissen werden, Staatsanwälte unter Verdacht geraten und gleichzeitig die WestLB – der „Cum-Ex-Krater“ im eigenen Land – vergleichsweise milde behandelt wird, dann erodiert dieses Vertrauen.

Die Cum-Ex-Affäre hätte die Chance geboten, die Stärke des Rechtsstaats in NRW zu demonstrieren. Stattdessen reiht sich Kritik an Kritik: von der Indiskretion um die Tagebücher über groteske Videodrehs bis zur auffälligen Einseitigkeit der Ermittlungen.

Und am Ende bleibt die Ironie: Auch für die Justiz in NRW gilt die Unschuldsvermutung - die sie für viele Beschuldigte allerdings nicht gelten ließ.